

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 40.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 4. Oktober 1912.

Inserationspreis für die viersp. Zeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1546. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

13. Jahrg.

## Wichtige Änderungen.

Auf Grund der am 1. Oktober in Kraft getretenen neuen Satzungen sind folgende Änderungen für die Ortsverwaltungen zu beachten:

1. Ab 1. Oktober dürfen keine Aufnahme-Marken mehr verwendet werden. Die noch vorhandenen sind mit der Vierteljahresabrechnung einzusenden.

2. Ab 1. Oktober dürfen keine alten Mitgliedsbücher mehr ausgestellt werden. Die noch vorhandenen sind an die Geschäftsstelle des Verbandes einzusenden.

3. Die neuen Mitgliedsbücher werden in dieser Woche den Zahlstellen zugestellt. Da die Aufnahme-Marken in Wegfall kommen, so ist zukünftig für jedes ausgestellte Mitgliedsbuch das Eintrittsgeld zu entrichten.

Für die Mitglieder, welche den halben Wochenbeitrag entrichten, dürfen nur Mitgliedsbücher mit anderer Umschlagfarbe benutzt werden. Diese Bücher werden den Zahlstellen nur dann zugestellt, wenn sie bestellt sind.

Von den Zahlstellen dürfen nur noch die Mitgliedsbücher ausgestellt werden, für die Eintrittsgeld entrichtet wird. Alle andern Mitgliedsbücher werden ausschließlich von der Geschäftsstelle des Verbandes ausgestellt.

Die provisorischen Mitgliedskarten sind sofort von den Mitgliedern einzusammeln und nach der Geschäftsstelle des Verbandes zu senden. Hier werden die neuen Bücher ausgestellt und den Zahlstellen zugestellt. (Die Ortsverwaltungen stellen diese Bücher also nicht aus. Die Bemerkung auf der Karte ist demnach hinfällig.)

Die noch am Orte vorhandenen, nicht gebrauchten alten Mitgliedsbücher und provisorischen Mitgliedskarten sind an die Geschäftsstelle des Verbandes einzusenden.

4. Laut Beschluss des Verbandstages sind ab 1. Januar dieses Jahres alle beitragsfreien Markenselber mit einer beitragsfreien Marke zu belegen. Die Ortsverwaltungen müssen also sämtliche Mitgliedsbücher einzutragen und wo für dieses Jahr freie Stellen sind, die Marken einleben. Für jede Marke muß die Zahlstelle 20 Pfg. an die Hauptkasse abführen.

Für reisende Mitglieder werden die beitragsfreien Marken in der Zahlstelle nachträglich geklebt, in der die Mitglieder in Arbeit treten.

Keine beitragsfreien Marken brauchen geklebt zu werden für die Zeit, wo die Mitgliedschaft auf Grund der Satzungen ruht. (Militärzeit usw.)

Die beitragsfreien Marken gehen ebenfalls diese Woche den Zahlstellen zu.

5. Die Lehrlinge zahlen ab 1. Oktober einen Monatsbeitrag von 10 Pfg. Der Beitrag wird durch Marken bescheinigt. Marken und neue Lehrlingskarten müssen bei der Geschäftsstelle des Verbandes bestellt werden. Zur Ansicht wird eine Karte in dieser Woche jeder Zahlstelle zugestellt. Gleichzeitig machen wir auf das sonstige, bei der Geschäftsstelle vorhandene Werbematerial für Lehrlinge aufmerksam.

6. Die Abrechnungsformulare werden in drei Exemplaren den Zahlstellen zugestellt. Alle drei sind der Hauptkasse einzusenden. Eines davon bleibt bei der Hauptkasse, eines wird dem Bezirksleiter, und eines der Zahlstelle zurückgeschickt.

## Die sozialdemokratische Lügenpresse

brachte in den letzten Tagen aus Cöln eine Notiz, worin unser Verbandsvorsitzender, Kollege Kurtzschmid und der Kollege Dedenbach von Staats- und Gemeinbedarferverband in ihrer Eigenschaft als Stadtverordnete in der bekannten sozialdemokratischen Weise angegriffen werden. Neuere und ältere Vorgänge aus der Stadtverordnetenversammlung werden so hingestellt, daß der Uneingeweihte den Eindruck gewinnen soll, die beiden Kollegen hätten, als aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Stadtverordnete, ihre Pflicht nicht getan. Dem Gegner gegenüber braucht die rote Presse ja nicht wahrhaftig zu sein und nach dem bekannten Rezept des „Genossen“ Müller tritt man die Führer einfach vor den Bauch, während man den Mitgliedern schmeichelt. Zur Belandung des sozialdemokratischen Angriffs bringen wir nachstehend den biographischen Bericht über die Ausführungen der beiden Stadtverordneten, die selbstredend von der roten Lügenpresse verschwiegen werden.

Anfrage Dedenbach betr. die Beschäftigung von Ausländern bei den Entfestigungsarbeiten.

Der Oberbürgermeister: Ich bitte Herrn Kollegen Best, zunächst die Anfrage des Herrn Dedenbach nochmals zu verlesen.

Beigeordneter Best: Die Anfrage lautet wie folgt:

1. „Ist es der Stadtverwaltung bekannt, daß bei den Entfestigungsarbeiten ausländische Arbeiter in großer Zahl beschäftigt werden, trotzdem einheimische genügend zur Verfügung stehen?“
2. Was gedenkt die Verwaltung zu tun, um diesen Zustand zu beseitigen?“

Der Oberbürgermeister: Zur Begründung seiner Anfrage erteile ich Herrn Dedenbach das Wort.

Dedenbach: Zurzeit werden die Abtragungsarbeiten an den Festungswerken an mehreren Stellen mit Eifer betrieben. Auf fünf Baustellen sind etwa 300 Arbeiter beschäftigt, von denen aber wohl die Hälfte aus Italienern und Kroaten besteht. Gegen diese Beschäftigung von Ausländern wäre an sich nichts einzuwenden, wenn deutsche Arbeiter nicht zu haben wären. Aber es ist leghin häufig vorgekommen, daß hiesige Arbeiter um Arbeit anfragen, jedoch abgewiesen wurden, daß aber bald danach Ausländer eingestellt wurden. So brachte der Kölner Lokalanzeiger am 27. Juni einen diesbezüglichen Bericht, in dem es heißt: „Am Montag, den 24. Juni, frugen zehn hiesige Arbeiter, die teils in Sülz und teils in Lindenthal wohnen, dort (an der Umwallung zwischen Benloer und Aachener Tor) um Arbeit an, keiner wurde angenommen. Dagegen wurden zehn Kroaten eingestellt. Am Dienstag, den 25. Juni, fragten an besagter Baustelle 20 bis 25 hiesige Arbeiter an, keiner konnte anfangen, jedoch 15 weitere Kroaten wurden eingestellt.“ Ein solches Verfahren muß natürlich Erregung und Erbitterung bei den Arbeitern erzeugen, wenn sie als deutsche Arbeiter arbeits- und verdienstlos von Baustelle zu Baustelle laufen und sehen müssen, wie Ausländer bevorzugt und in Arbeit gestellt werden.

Wenn man nun fragt, warum so viele Ausländer eingestellt werden, dann heißt es, es seien nicht genügend deutsche Arbeiter da. Das trifft schon nach dem angeführten Zeitungsbericht nicht zu. Der wirkliche Grund ist auch tatsächlich ein ganz anderer, denn es handelt sich hauptsächlich um die Lohnfrage. Die Ausländer werden bevorzugt, weil sie billiger sind als unsere Arbeiter, man gebraucht sie als Lohnbrüder diesen gegenüber. Die hiesigen Arbeiter verlangen für diese Abtragungsarbeiten zum mindesten 45 Pfg. Stundenlohn, wohingegen die Unternehmer meist nur 40 Pfg. zahlen wollen und an die Ausländer auch tatsächlich zahlen; teilweise noch weniger. Bei Abbruch- und Ausschachtungsarbeiten im Hochbaugewerbe, die man doch einigermaßen als Vergleich heranziehen kann, werden aber 56 bis 62 Pfg. bezahlt. Da kann man doch das Verlangen der Arbeiter nach 50 Pfg. Stundenlohn bei den Umwallungsarbeiten nicht als unbillig bezeichnen. Und der Unternehmer Braun zahlt auch diese 50 Pfg. und beschäftigt nur Hiesige. Mit dem Unternehmer Lindemann halten die Arbeiterverbände bereit vor einigen Monaten einen Stundenlohn von 50 Pfg. vereinbart. Der betreffende Unternehmer hat aber die Vereinbarung schon bald wieder durchbrochen und niedrigere Löhne gezahlt, hat seine hiesigen Arbeiter entlassen und Ausländer dafür eingestellt, denen er natürlich weniger gab als 50 Pfg. Bei diesem Unternehmer ist es deshalb kürzlich sogar zum Streik gekommen. Nun klagen die Unternehmer allerdings, daß sie bei höheren Löhnen nicht auf ihre Kosten kämen. Ob und inwieweit das zutrifft, kann ich nicht beurteilen. Jedenfalls wollen die Arbeiter und auch wir nicht, daß die Unternehmer mit Schaden arbeiten. Aber es kann doch umgekehrt keiner von den Arbeitern verlangen, daß sie nun den Schaden tragen sollen. Vorige Woche haben zwischen dem Tiefbau-Unternehmer-Verband und den Arbeitervertretern Verhandlungen stattgefunden wegen der Lohnfrage, die besonders wegen des Streiks bei der Firma Lindemann akut geworden war. Die Unternehmer wollen nicht mehr als 45 Pfg. zahlen. Meines Erachtens hat aber auch die Stadt ein erhebliches Interesse daran, daß es in dieser Frage endlich zur Ruhe kommt. Und es wäre wohl eine Prüfung darüber angebracht, ob die Klagen der betr. Unternehmer begründet sind, und daß man ihnen in diesem Falle entgegen kommt, damit sie in die Lage kommen, die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen. Jedenfalls sollte aber die Stadtverwaltung darüber wachen, daß Ausländer solange nicht an städtischen Arbeiten beschäftigt werden, solange hiesige Arbeiter genügend zur Verfügung stehen.

Kurtzschmid: Die erste Klage der Arbeiter in diesem Falle richtet sich gegen die Bevorzugung der Ausländer. Es ist ganz klar, daß die Arbeiter, die hier ihre Steuern zahlen und dem Vaterlande und auch der Kommune durch ihrer Hände Arbeit große Dienste leisten, an erster Stelle auch ein Recht haben, hier Arbeit und Brot zu finden. Die zweite Klage richtet sich dann gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen als solche. Früher wurde bei den Submissionsarbeiten in der Regel nur auf den Preis, auf die Güte der Waren, und auf die Ausführung der Arbeiten gesehen. Andere Momente kamen früher bei Vergabe von Arbeiten kaum in Frage. Später wurde die Sache anders; das soziale Moment kam dazwischen. Auch in Cöln hat man die Submissionsbedingungen geändert und einige soziale Gesichtspunkte hineingebracht zugunsten der Kleingewerbetreibenden, der kleinen Firmen, damit auch die sich an den Lieferungen und Leistungen für die Kommune beteiligen können. Ferner sind in bezug auf die Arbeitsbedingungen einige Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter in die Submissionsbedingungen hineingebracht worden. Auf Seite 6 der Verfügung betreffend das Verdingungswesen für Leistungen und Lieferungen der Stadt Cöln heißt es: „Die Ausschreibungen von der Uebertragung von Arbeiten und Lieferungen haben solche Unternehmer zu gewärtigen, von denen bekannt ist, daß sie in ihren Betrieben eine über das berufliche Maß hinausgehende Arbeitszeit eingeführt haben, daß sie ihren Arbeitern Löhne zahlen, die hinter dem orts- und berufsüblichen Lohn zurückbleiben, oder daß sie die zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten, ihrerseits angenommenen Tarif- und Lohnfestsetzungen ihren Arbeitern gegenüber nicht erfüllen. Nun gebe ich zu, daß die Anwendung dieser Bestimmungen im vorliegenden Falle etwas schwieriger ist als in den Fällen, wo Tarife vereinbart sind, der Lohn und die Arbeitszeit also ohne weiteres festliegt. Für die in Frage kommenden Arbeiten besteht ein Tarif nicht; aus dem Grunde kann man ja darüber getrennter Meinung sein, ob der Unternehmer mit seinen Löhnen nicht genug geht, die ortsüblichen Bedingungen erfüllt, oder ob das nicht der Fall ist. Wo ein Tarif besteht, ist jeder Zweifel ausgeschlossen. Trotzdem bin ich der Ansicht, lassen sich auch bei Arbeiten, für die ein Preis

nicht tariflich festliegt, Vorkehrungen treffen, die derartige Fälle ausschließen, wie wir sie hier jetzt wiederholt bei den Umwallungsarbeiten sehen. Wenn für solche große Arbeiten kein Tarif besteht, meine ich, kann die Stadt doch bei der Vergabe auch das soziale Moment mit in Rechnung stellen. Die Stadt soll auch nicht nur den Preis und die Ausführung, sondern auch das soziale Moment berücksichtigen und sich in jedem einzelnen Falle fragen: Wie steht der betreffende Arbeitgeber in bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu seinen Arbeitern und Angestellten? Wenn über die auszuführenden Arbeiten ein Tarif nicht besteht, hat die Stadtverwaltung es in der Hand, die Arbeitgeber und die Arbeiterorganisationen vorher zu hören und für die betreffende Arbeit die Arbeitsbedingungen zu vereinbaren. Die Stadtverwaltung tritt auch jetzt häufig mit Arbeitgeberverbänden, mit Zünften, mit Architektenvereinen usw. in Verbindung. Bei Preisauschreibungen werden die Bedingungen des Bundes Deutscher Architekten berücksichtigt, bei Handwerkerfragen werden die Zünften mit herangezogen, und da meine ich, ist es für die Stadtverwaltung nicht unehrenhaft, wenn sie auch die Arbeiterorganisationen in bestimmten Fällen vorher hört. Ich denke dabei nicht nur an die Umwallungsarbeiten; wir haben auch in Zukunft in Cöln eine Reihe großer Arbeiten auszuführen — ich denke an die Ausführung der Rheinbrücke — wo es durchaus am Platze ist, daß man sich vor Vergabe dieser Arbeiten fragt, welche Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den betreffenden Betrieben bestehen und vor allen Dingen, wie das Verhältnis der betreffenden Firmen zu ihren Arbeitern und Angestellten ist. Wenn diese Momente bei Vergabe ähnlicher großer Arbeiten von vornherein mit berücksichtigt werden, dann bin ich überzeugt, werden in Zukunft solche Klagen, wie wir sie jetzt bei den Umwallungsarbeiten hören müssen, verschwinden.

Das Ergebnis der Debatte war die Verweisung der Angelegenheit an eine Kommission, zu deren Sitzung die Stadtverordneten Dedenbach und Kurtzschmid zugezogen werden sollten. Da beide an der fraglichen Sitzung nicht teilnehmen konnten, Dedenbach weil er die Einladung erst nach der Sitzung erhielt und Kurtzschmid, weil er auswärts war, so beschloß ersterer am 12. September die Sache in öffentlicher Sitzung nochmals zur Sprache.

Dedenbach: Bei der Gelegenheit möchte ich anfragen, ob dem Wunsch der Arbeiter, den wir kürzlich hier in der Versammlung besprochen haben, und der namentlich dahin ging, daß die Unternehmer verpflichtet werden sollten, mindestens 50 Pfg. Stundenlohn zu zahlen, Rechnung getragen worden ist. Es ist Tatsache, daß von verschiedenen Unternehmern, die an den Entfestigungsarbeiten beteiligt sind, 50 Pfg. Stundenlohn gezahlt wird. Es liegt also tatsächlich die Möglichkeit vor, einen derartigen Lohn zu zahlen. Von den Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern ist mir bekannt, daß die auch gescheitert sind. Es hat ein dahingehender Wunsch der Unternehmer bestanden, aber die Arbeiterorganisationen sind auf den vorgeschlagenen Tarif, der nur für städtische Arbeiten gelten sollte, nicht eingegangen. Aber jedenfalls wird man verlangen können, daß diese Arbeiten nicht schlechter bezahlt werden, als es sonst üblich ist. Ich habe damals ausgeführt, daß für derartige Arbeiten durchweg 56 bis 62 Pfg. gezahlt werden. Die Unternehmer Braun und Tatas bezahlen tatsächlich 50 Pfg. Stundenlohn. Ich meine, da wäre es ganz gut auch den andern Unternehmern möglich, einen ähnlichen Stundenlohn zu zahlen; sonst sollte man ihnen derartige Arbeiten nicht übertragen. — Zu der fraglichen Sitzung, die am Dienstag stattfand, habe ich die Einladung erst am folgenden Tage erhalten. Unter diesen Umständen war es mir natürlich nicht möglich, an der Sitzung teilzunehmen. (Weiterkeit)

Kurtzschmid: Ich habe an der Sitzung nicht teilnehmen können, weil ich damals von Cöln abwesend war. Zur Sache selbst möchte ich bemerken, daß es doch möglich ist, auch ohne Tarifvertrag Vorkehrung zu treffen, daß derartige Differenzen zwischen den Unternehmern und Arbeitern nicht mehr vorkommen. Wenn nachgewiesen ist, daß einige Unternehmer — von dem Unternehmer Braun weiß ich das bestimmt — einen Stundenlohn von 50 Pfg. zahlen, warum sollen da die andern diesen Lohn nicht auch zahlen? Daher meine ich, könnten von uns nur diejenigen Unternehmer berücksichtigt werden, die den Stundenlohn von 50 Pfg. zahlen, und die andern Unternehmer sollte man einfach ausschließen. Auf diese Weise ließe sich die Sache regeln, ohne daß ein Tarifvertrag besteht. (Widerspruch)

So liegen die Tatsachen, gegenüber den Verdächtigungen der roten Lügenpresse. Ähnlich wie bei diesem Falle verhält es sich mit den Fällen aus früheren Jahren. Einmal handelt es sich dabei um eine Meinungsverschiedenheit zwischen Kurtzschmid und der Verwaltung über einen Vorgang in einer Kommissionsitzung. Schnell stellt sich natürlich die rote Presse auf die Seite der Verwaltung. Ueber den andern Fall, betreffend die Beschäftigung der Arbeitslosen bei Notstandsarbeiten haben wir bereits im Jahre 1908 Nr. 43 gegenüber den damaligen roten Verdächtigungen die Tatsachen ausführlich mitgeteilt.

## Der Arbeitsmarkt im Holzgewerbe.

(August 1912.)

Die Lage des Arbeitsmarkts war im August nicht wesentlich vom Vormonate verschieden. Nach den Berichten von Arbeiterbegehren hatten die Sägemühlen- und Hobelwerke befriedigend zu tun, Aufträge auf Bauholz gingen spärlich ein, dagegen war die Nachfrage nach anderen Artikeln lebhaft. In der Möbel fabrication hat nach den Berichten des Ver-

bandes Württembergischer Holzindustrieller der flotte Geschäftsgang in mehreren Betrieben ziemlich nachgelassen. Die Berichte aus Groß-Berlin lauten nicht gleichmäßig, indem teils über ziemlich befriedigenden, teils über unmerklich schwachen Geschäftsgang berichtet wird. In der Kistenfabrikation war nach Berliner Berichten der Geschäftsgang noch nicht befriedigend, doch hat gegenüber dem Vormonat eine kleine Besserung stattgefunden. Aus der Holzpflasterherstellung wird von einem befriedigenden Geschäftsgange berichtet, der sich gegenüber dem Vormonat noch verbessert hat. Auch die Faloussiefabriken hatten gut zu tun. In der Bierstoffabrikation war der Geschäftsgang schwach. Eine Kehlsteinfabrik mit Dampfschneidemühlentrieb bezeichnet den Geschäftsgang als zufriedenstellend und besser als im Vormonat. Die Berichte aus der Rohrmöbel- und Korbwarenfabrikation lauten nicht einheitlich; es war nur zum Teil ausreichend zu tun. Die Schirmindustrie war nach Berichten aus Berlin und Breslau mit Aufträgen gut versehen; es hat eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem Vormonat stattgefunden. Die Beschäftigung im Orgelbau war im August gut; große beständige Lohnerhöhungen waren nach den Angaben der Arbeitgeber, infolge der Teuerung der Lebensmittel, in letzter Zeit Regel. Unsere im Orgelbau beschäftigten Verbandsmitglieder, haben davon wenig gespürt. Im Eisenbahnwagenbau blieb der Beschäftigungsgrad im allgemeinen wie im Vormonat unverändert gut. In Breslau herrschte Arbeitermangel; zuweilen wurde mit Ueberstunden gearbeitet. Die Beschäftigung in den Automobilfabriken war im August zufriedenstellend, zum Teil gut. Gegenüber dem Vormonat wird mehrfach von einer Besserung gesprochen. Auch die Fabriken, welche lediglich Personewagen bauen, waren voll beschäftigt. Die Lage der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie wird überwiegend als sehr gut und überaus rege geschildert. Im Bandwebstuhlbau war die Beschäftigung im verflochtenen Monat schlechter als im Vormonat und im Vorjahr. Der Grund hierfür wird in der für die Erzeugnisse des Bandwebstuhlbaues ungünstigen Mode gesehen. Die Beschäftigung der deutschen Bersten im 2. Vierteljahr 1912 war nach einem Berichte des Vereins Deutscher Schiffswerften im großen und ganzen gut; auch das Reparaturgeschäft befriedigte.

Nach den Berichten der mit dem Reichskaufmännischen Amt in Verbindung stehenden Arbeitsnachweiskstellen kamen im Juli auf 100 offene Stellen im Holzgewerbe 117 männliche und 84 weibliche Arbeitsuchende. Gegen den Juli 1. J. ist so eine vermehrte Arbeitsgelegenheit vorhanden, wogegen sich dieselbe gegen den August 1911 verschlechtert hat.

Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsgesuche:

| Geschlecht | Januar |      | Februar |      | März |      | April |      |
|------------|--------|------|---------|------|------|------|-------|------|
|            | 1911   | 1912 | 1911    | 1912 | 1911 | 1912 | 1911  | 1912 |
| männlich   | 242    | 225  | 201     | 189  | 201  | 154  | 157   | 170  |
| weiblich   | 83     | 86   | 92      | 92   | 82   | 73   | 66    | 77   |

  

| Geschlecht | Mai  |      | Juni |      | Juli |      | August |      |
|------------|------|------|------|------|------|------|--------|------|
|            | 1911 | 1912 | 1911 | 1912 | 1911 | 1912 | 1911   | 1912 |
| männlich   | 128  | 172  | 139  | 149  | 131  | 137  | 111    | 117  |
| weiblich   | 55   | 87   | 68   | 81   | 103  | 95   | 96     | 84   |

In der Holzindustrie Berlins hat gegen Ende des Monats ein Mangel an eingetragenen Spezial-Arbeitslosen ein; abgesehen von den Bauhilfskräften, die wenig zu tun hatten, hat sich die Lage normaler gestaltet. Zusammen waren am Schluß des Monats noch 1527 Arbeitslose vorhanden (im Vormonat dagegen 2176). Nicht leicht nachgeschätzt wurden Möbel- und Bauhilfskräfte in Frankfurt a. O., wie auch in Zwickau, wo sogar ein Mangel an Arbeitskräften auftrat. Eine Arbeitslosigkeit ist bei den Bäckern eingetreten, die mit der geringeren Nachfrage während der Ferien zusammenhängt. — In Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck war die Nachfrage nach Arbeitskräften in Holzgewerbe weniger stark, als im Vormonat. — Im Rheinland liegt das Baumgewerbe eine mäßige Deckung. — In Frank-

furt am Main laute die Beschäftigung im Tapezierergewerbe stark ab. Für Schreiner war die Beschäftigung zufriedenstellend. Es stellt schwer, Schreiner nach auswärts zu vermitteln, da sie in der Stadt Beschäftigung fanden. Auch für Wagner, Küfer, Glaser und Rahmenmacher war die Beschäftigung gut. Der Arbeitsnachweis hält eine Verbesserung des Geschäftsganges für wahrscheinlich. In Mainz und Dieblich machte sich eine verstärkte Nachfrage nach Schreibern und Holzfüßern bemerkbar, wengleich in einigen Mainzer Möbelfabriken die Arbeiter teilweise aussetzen mußten. — In Darmstadt stieg der Bedarf an Ausschreibern, während die Beschäftigung in der Möbelfabrikation etwas nachgelassen hat. — Aus Bayern meldet Fürth eine etwas gedrückte Lage in der Holzindustrie. In Regensburg hatten die Schreiner wenig Arbeitsgelegenheit. In Ludwigshafen war gute Nachfrage nach Glasern. Nürnberg meldet einen Rückgang im Holzgewerbe. Regensburg hatte sehr guten Geschäftsgang im Schreinergewerbe. In Rosenheim war die Beschäftigung des Holzgewerbes gut. In Straubing war die Lage für Schreiner mittelgut; an Wagner war Mangel. In München hat sich die Nachfrage nach Tapezieren gegen Ende des Monats etwas gehoben. Bei den Ausschreibern blieb die Lage gleich; die Möbelschreiner waren gut beschäftigt. — Aus Württemberg meldet Stuttgart Ueberfluß an Tapezieren. Mangel an Küfern und Glasern. Ulm meldet eine gute Beschäftigung für Glaser und Schreiner. In Heilbronn fehlten Wagner, Glaser und Küfer; dagegen bestand Ueberfluß an Schreibern. — In Baden zeigte sich vergrößelter Bedarf und zeitweiliger Mangel an Schreibern in Baden-Baden, Bruchsal, Mannheim, Balzshut; in Karlsruhe war starke Nachfrage nach Küfern, die nur zum Teil gedeckt werden konnte.

Die gewerkschaftliche Statistik gibt folgendes Bild der Arbeitslosigkeit im August (nebst den Vergleichszahlen):

| Arbeitslose (am Orte und auf der Reise befindlich) auf 100 Mitglieder am Ende der letzten Woche des Monats. | August 1912 |        | Juli 1912 |        | Aug. 1911 |        |
|---|-------------|--------|-----------|--------|-----------|--------|
|   | männl.      | weibl. | männl.    | weibl. | männl.    | weibl. |
| Soz. Bildhauerverband . . . .   | 5,0         | —      | 5,0       | 4,7    | 8,9       | —      |
| „ Tapeziererverband . . . .   | 5,8         | 6,0    | 5,8       | 9,3    | 5,1       | —      |
| „ Glaserverband . . . .   | 4,3         | 11,1   | 4,3       | 5,1    | 3,4       | —      |
| „ Holzarbeiterverband . . . .   | 1,8         | 0,6    | 1,8       | 2,2    | 1,4       | —      |
| F. D. Gewerkschaft der Holzarb.   | 0,7         | —      | 0,7       | 1,1    | 1,3       | —      |
| „ Bildhauer   | 0,3         | —      | 0,3       | —      | 0,6       | —      |
| F. D. christlicher Holzarbeiter . .   | 0,9         | 0,9    | 0,9       | 0,8    | 0,6       | —      |

Die Betriebskrankenkassen der Holz- und Schnitzstoffindustrie mit 12517 männlichen und 2896 weiblichen Mitgliedern zeigen im Berichtsmonat eine Abnahme von 91 männlichen und eine Zunahme von 13 weiblichen Mitgliedern.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 40. Monatsbeitrag für die Zeit vom 29. September bis 5. Oktober fällig ist.

Die Jahressellen Cham Bruchsal und Bantersbach erhielten die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Solalbeitrags von 10 Pfg. (Gesamt-Monatsbeitrag 60 Pfg.)

Berlener wurde das Mitgliedbuch Nr. 80682, ausgehellt auf den Namen Josef Petrus. Das Buch ist ungültig erklärt.

Der dieswöchentlichen Zeitungshandlung liegt für die Jahressellen eine Broschüre über die christlichen Gewerkschaftskassen im Jahre 1911 bei.

**Lohnbewegung.**

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen die Zentralfstelle jede Woche vor Redaktionsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzufenden.

**Der Zugzug ist fernzuhalten**

Lichtlern und Maschinenarbeitern nach Dülken (Lennar Derne (Zillmann), Ibbenbüren, Cleve (Firma Kleidorp, G. m. b. H.), Innsbruck, Göttingen (Vollmer), Stokarbeiter nach Wald. Modellschreiner nach Düsseldorf (Deding).

**Änderungen in laufenden Tarifverträgen.**

Die vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands abgeschlossenen Tarifverträge sehen für den Monat Oktober d. J. folgende Änderungen vor: — **Amberg (Schreinerergewerbe).** Die bisher bezahlten Stundenlöhne werden am 1. Oktober um 1 Pfg. erhöht. Der DurchschnittsStundenlohn der Gesellen im zweiten Gehilfenjahr steigt von 31 auf 32; der Mindestlohn der Gesellen im dritten Gehilfenjahr von 33 auf 34 Pfg.; der Mindestlohn der über 20 Jahre alten Gesellen erhöht sich von 37 auf 38 Pfg. **Beyenburg (Heinrich-Westfälische Tischfabrik, Marke u. Co.).** Sämtliche im Betrieb beschäftigten Arbeiter erhalten am 1. Oktober eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. die Stunde. Bei Akkordarbeiten findet ein der Lohnerhöhung entsprechender Aufschlag statt.

**Duisburg (Schreinerergewerbe in Altduisburg).** Der Durchschnittslohn für Schreiner und in Schreinerbetrieben beschäftigten Drechsler wird am 1. Oktober von 55 auf 56 Pfg. pro Stunde erhöht. Für Maschinenschreiner stellt sich der DurchschnittsStundenlohn um 3 Pfg. höher als der der übrigen Schreiner. Die unterste Lohngrenze für Schreiner ist um 10 Prozent niedriger als der Durchschnittslohn. Die unterste Lohngrenze für Gesellen im zweiten Gehilfenjahr ist um 15 Prozent niedriger als der DurchschnittsStundenlohn. Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 1 Pfg. die Stunde. Auf Akkordarbeit findet die Lohnerhöhung sinngemäße Anwendung. Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 56 auf 55 Stunden verkürzt.

**Fulda (Schreinerergewerbe).** Die Stundenlöhne sämtlicher Arbeiter werden am 1. Oktober um 2 Pfg. erhöht. Die Mindeststundenlöhne der Schreiner und Drechsler im Alter von 18 bis 20 Jahren steigen von 30 auf 32 Pfg.; die Mindestlöhne der im Alter von 20 bis 24 Jahren stehenden von 33 auf 35 Pfg.; der Mindestlohn der über 24 Jahre alten Gesellen erhöht sich von 44 auf 46 Pfg. Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 59 auf 57 Stunden verkürzt. **Sildesheim (Tischlerergewerbe).** Auf die bestehenden Löhne erfolgt am 1. Oktober ein Aufschlag von 1 Pfg. pro Stunde. Der Durchschnittslohn steigt pro Stunde von 46 auf 47 Pfg.

**Kray (Firma Kundorfer und Kranz).** Der Durchschnittslohn wird am 15. Oktober von 5 auf 59 Pfg. pro Stunde erhöht. Für Maschinenschreiner stellt sich der DurchschnittsStundenlohn um 5 Pfg. höher als der der übrigen Schreiner. Die unterste Lohngrenze für Schreiner ist um 10 Prozent niedriger als der Durchschnittslohn. Die unterste Lohngrenze für Gesellen im zweiten Gehilfenjahr ist um 15 Prozent niedriger als der DurchschnittsStundenlohn. Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 1 Pfg. die Stunde. Auf Akkordarbeiten findet die Lohnerhöhung sinngemäße Anwendung. Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 57 auf 56 Stunden verkürzt. Die Verkürzung fällt auf den Samstag Nachmittag.

**Leipziger Resolutionstropfen.**

Was ist das? Ist etwa das Wundermittel, die Menschen alle von ihren Schwächen, Fehlern und Leidenheiten frei zu machen, engelgleiche Wesen aus ihnen zu gestalten, wie sie erforderlich sind für einen besseren Zukunftsstaat? Oder ist das Lebenselixier, das den Mühsamen und Beladenen, den Kranken und Schwachen, den Krüppeln und Hilflosen aus ihrer Not, ihrem Elend hilft und ihnen volle Lebensfreude ohne den Rest auß' Jesuitz gibt? Oder ist gar eine Diktatur, welche den kräckerlichen Genossen bei ihren Standarten und lieblosenden Auseinandersetzungen den persönlichen Haß, das Saßer des Anliegens des eigenen Parteigenossen in engelgleiche Tugend- und Wahrhaftigkeit wandelt? Oder durchdringt es nach dem Gebräuche dieser Wunderstropfen die rote Bruderhand, erhoben, um dem lieben Zukunftsstaatsgenossen ein Kaiserthron zu setzen, daß er statt rot blau wird, gleich einem elektrischen Funken, so daß sie alsbald lichterloh die Wangen des Bruders leuchtet? Oder hilft gegen den Zusammenbruch von so vielen jüdischen sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteihäusern? Saniert es die Göppinger „Freie Volkspartei“ ohne die 20000 Mitglieder des Parteivorstandes? Oder ist der Balsam, der den lieblichen Franzosen Jettin und Rosa Luxemburg jene anderen Reize widersteht, welche die widerständigen Revolutionären Männer für ihre Ideen des Generalstreiks, der Massenrevolution begeistern? Oder sind gar die Tropfen, die sozialdemokratische Agitatoren und Redaktoren heilen von der fürchterlichen Krankheit, die Gegner mit Schmutz zu bewerkeln

und in greulichster Weise das Gebot der Wahrheit zu verletzen?

O, nein, nichts von alledem. Es ist wie die „Tabakarbeiter-Zeitung“ schreibt, nur eine Redeblume, gepflückt in dem Garten des eben beendeten sozialdemokratischen Parteitages in Chemnitz, so man schreibt 1912.

Eine Redeblume, die gepflückt wurde an demselben Tage, an dem sich verschiedene dem schönen Schwabenlande zugewanderte „Genossen“ hatten sagen lassen müssen, daß sie ihre eigenen Brüder vor und nach dem Göppinger Zeitungsstempel gar jämmerlich angelogen und mit ihrer Ehre Fußball gespielt haben.

Eine Redeblume, gepflückt im sozialdemokratischen Garten des Schnapsbottlers, in dem der rote Gärtner die bösen Daben, die ihre diebischen Finger bald nach dieser, bald nach jener Blume ausstrecken wollen, damit an ihrem bösen Tun hindert, daß er sie mit dem schlimmsten Mann brauen vor dem Zaune spricht, der ein bitterböser, braununterlicher Schlemmer ist und es gerne sieht, wenn die Daben mit Blumen durch die Heide kriechen, wo er ihnen dann den besten Teil der Beute abnehmen würde. Des darf aber doch nicht sein, weil dieser böse Mann gar nicht so denken mag, wie böse Daben denken, die alles zerstören und kurz und klein schlagen wollen, damit es nahher schöner gemacht werden kann.

Eine Redeblume, entwunden dem Rande des sozialdemokratischen Abstinenzführers Davidsohn, der daran zu mäkeln hatte, daß der Schnapsbottler nicht grundlos durchgeföhrt werde. Der es vor allem nicht kapieren konnte, daß nur 18 Parteiblätter keine Inzerate anzufuchen, die alkoholische Getränke und besonders den Schnaps empfahlen, während es die anderen recht gerne tun, das Geld einzukriechen und

vorne in der Zeitung tüchtig für den Schnapsbottler werben. Sie lassen also den hinteren Teil nicht wissen, was der vordere tut.

Hier einige Worte der Unschuld vom Lande im sozialdemokratischen Moralgarten:

„Das richtigste wäre aber doch die Annahme des Antrags, der die Parteipresse verpflichten will, keinerlei Anzeigen und Anpreisungen derartiger Getränke aufzunehmen, und der weiter ausspricht, daß der Parteitag von den Volks- und Gewerkschaftshäusern erwartet, daß sie die Boykottbewegung durch Einstellung des gesamten Branntwein- und Schnapsverkaufs fröhlich fördern. 1909 hat der Parteivorstand selbst ein Flugblatt herausgegeben, in dem der Schnaps als das „gefährlichste Volksgift, das wir kennen“, bezeichnet wurde. Wie kann man es da noch verantworten, dies gefährlichste Volksgift in Volks- und Gewerkschaftshäusern verkaufen zu lassen oder in Parteizeitungen im Inzeratenteil zu empfehlen? Wenn solche Häuser ohne Branntweinabsatz nicht existenzfähig sind, so sollte man sie auflösen. Wie die Sache in manchen Kreisen behandelt wird, beweist die Bezeichnung des Schnapses in einem Volksheute als Leipziger Resolutionstropfen.“

Und was hat ihm Luise Zieh im Namen des Parteivorstandes erwidert, nachdem sie den Rückgang des Schnapskonsums im roten Lager besprochen? Hier ein Teil ihrer Worte:

„Wir wollen unseren Kampf gegen den Schnaps nicht führen mit pharisäerhaften Moralpredigten. Wir wissen gar zu gut, daß die traurigen sozialen Verhältnisse vielmehr die Ursache des Branntweingenusses sind. Aber wir wollen die Arbeiter darüber aufklären, daß sie mit jedem Tropfen Branntwein, den sie trinken, die Taschen ihrer Kinder und damit ihrer wirtschaftliche und politische Macht rücken, die ihre aller schlimmsten politischen Gegner sind. Daneben freuen wir uns natürlich außerordentlich über die

München mit Horstmar, Beckinghausen, Gahmen und Lippoldhausen (Schreiner- u. Holzgewerbe). Der Durchschnittslohn der Schreiner und der in Schreinerbetrieben beschäftigten Drechsler, Beizer, Polsterer und Bildhauer wird am 1. Oktober von 48 auf 49 Pfg. erhöht. Für Maschinenschreiner stellt sich der Durchschnittslohn um 5 Pfg. höher als der übrigen Schreiner. Die unterste Lohngrenze für Schreiner ist um 10 Prozent niedriger als der Durchschnittslohn. Die unterste Lohngrenze für Gesellen des zweiten Gesellenjahres darf nicht niedriger sein wie 15 Prozent unter dem Durchschnittslohn. Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohn-erhöhung von 1 Pfg. die Stunde. Auf Akkordarbeit findet die Lohnberechnung sinngemäß Anwendung.

München mit Moosach, Milbertshofen, Freimann, Oberföhring, Engelschalking, Daglfing, Berg am Laim, Baumtünchen, Perlach, Unterhiesberg, Unterhaching, Grünwald, Pullach, Großhesselohe, Solun, Forstried, Neuzried, Martinsried, Groß- und Kleinhadern, Pasing, Pipping, Blumenburg, Ober- und Untermenzing, Garmanshofen und Allach (Schreiner- u. Holzgewerbe). Ab 1. Oktober beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 52 Stunden und ist von da ab an Wochenschlußtagen um 1/4 Uhr Arbeitslohn. Am Charfreitag, Pfingst-sonntag, Christabend und Sylvesterabend ist Arbeitslohn um 1/4 Uhr ohne Lohnabzug, jedoch mit Ausfall der Mittagspause. Die Stundenlöhne sämtlicher Gehilfen und Arbeiterinnen erhöhen sich um 1 Pfg.

Osnabrück (Schreiner- u. Holzgewerbe). Der bestehende Stundenlohn erhöht sich am 1. Oktober um 1 Pfg. Der Durchschnittslohn der Schreiner und Maschinenschreiner wird von 50 auf 51 Pfg. erhöht. Die Lohnberechnungen finden auf die Akkordtarife sinngemäß Anwendung.

Paderborn (Werkstätten Bernard Stadler, Schreiner- u. Holzgewerbe). Der Durchschnittslohn für Schreiner, Beizer und Polsterer erhöht sich am 1. Oktober von 45 auf 47 Pfg. Für Bildhauer und Maschinenschreiner, die ein Jahr im Betriebe sind, stellt sich der Durchschnittslohn um 5 Pfg. höher. Sämtliche Bildhauer und Tischler erhalten eine Erhöhung des bisher verdienten Stundenlohnes von 2 Pfennig.

Paderborn (Werkstätten Bernard Stadler, Polsterer- u. Holzgewerbe). Der Durchschnittslohn für Polsterer wird am 1. Oktober auf 47 Pfg. erhöht. Zu gleichem Zeitpunkt werden die bisher bezahlten Stundenlöhne um 2 Pfg. aufgebessert.

Rieshus (Möbelfabrik Schulze). Auf die Zeit- und Akkordlöhne findet ein Aufschlag von 10 Prozent statt.

Worms (Alle Betriebe der Schreiner- u. Holzbearbeitung in Worms und Boronien). Der Zuschlag für die beiden ersten Ueberstunden erhöht sich am 1. Oktober von 10 auf 15 Prozent; für weitere Ueberstunden und Sonntagsarbeit von 20 auf 25 Prozent. Für Werkstattschreiner erhöht sich die Bauzulage von 2 auf 3 Pfg. die Stunde.

Tariffabschluss für Polsterer in Paderborn. Mit den Werkstätten Stadler in Paderborn wurde, nachdem bereits vor kurzem ein Tarifvertrag für Bildhauer und Tischler abgeschlossen wurde, auch ein solcher für Tapezierer zum Abschluß gebracht. Der Vertrag gilt ab 1. Oktober 1912 bis 1. September 1916. Die Arbeitszeit, die zurzeit 9 1/2 Stunden täglich dauert, wird ab 1. April 1914 auf täglich 9 Stunden ver- kürzt. Der Durchschnittslohn wird ab 1. Oktober 1912 auf 47 Pfg., ab 1. April 1913 auf 48 Pfg., ab 1. April 1914 auf 51 Pfg. und ab 1. April 1915 auf 53 Pfg. für die Stunde erhöht. An gleichen Zeitpunkten erhalten sämtliche Tapezierer 2, 1, 3 und 2 Pfg. Zuschlag auf die bis dahin gezahlten Löhne. Es ist das gewiß ein schöner Erfolg, den die Tapezierer zu verzeichnen haben.

Vertragsabschluss mit der Firma Ruhlmann in Biersen. Nach dreiwöchentlichem Kampfe ist es nunmehr auch mit der

Firma Ruhlmann (Mech. Schreinerei) zu einem Vertragsabschluss gekommen. Erreicht wurde die sofortige Einführung der täglichen 9 1/2stündigen Arbeitszeit. An den Tagen vor den hohen Festen ist eine Stunde früher Feierabend. Für Ueberarbeit wird ein Lohnzuschlag von 10 Pfg. pro Stunde gezahlt. Ist Nacharbeit notwendig, so wird hierfür ein Zuschlag von 50%, bei Arbeit an Sonn- und Feiertagen ein solcher von 100% gezahlt. Der Durchschnittslohn der Schreiner beträgt ab 23. September d. J. 50 Pfg. Der Durchschnittslohn erhöht sich am 1. April 1913 auf 51, am 1. April 1914 auf 53 und am 1. April 1915 auf 54 Pfg. Der Lohn der Maschinenschreiner ist um 3 Pfg. höher, als der der übrigen Schreiner. Ferner wurden noch die Montagekosten festgesetzt. Als Kündigungsfrist wurde die eintägige vereinbart. Der Vertrag läuft bis zum 1. April 1916. Möge der Vertragsabschluss ein Ansporn sein für unsere Kollegen am Orte, damit auch recht bald in allen Betrieben dieselbe Arbeitszeit eingeführt wird und dieselben Löhne gezahlt werden.

Aus den Verbandsbezirken.

Aus dem südwestdeutschen Verbandsbezirk. Als Einleitung einer systematischen Herbsttagitation fanden an den letzten Sonntagen im Bezirk Freiburg drei Zahlstellen-Konferenzen statt. Dieselben waren mit wenigen Ausnahmen von den Zahlstellen gut besucht und nahmen einen sehr anregenden Verlauf. Ein Referat des Kollegen Schmick-Freiburg über die Tätigkeit und Entwicklung des Verbandes im Bezirk und die sich daraus ergebenden Aufgaben für die nächste Zeit, sowie ein großangelegter Vortrag des Kollegen Wick-Köln als Vertreter des Zentralvorstandes über die Wirksamkeit des Verbandes im Allgemeinen bildeten die Grundlage für die Beratungen auf den Konferenzen.

Tätigkeit und Entwicklung im Bezirk wurden an Hand des Geschäftsberichtes, welcher verbunden mit dem Protokoll des Verbandstages herausgegeben ist, eingehend dargelegt. So über Tätigkeit in Versammlungen und Sitzungen, bei Lohnbewegungen, bei Neugründungen von Zahlstellen, in gewerkschaftlichem Neuland. Von der Mitgliederbewegung ist hervorzuheben, daß der Bezirk seit Ende 1909 bis Ende Juni 1912 um 63 Prozent zugenommen hat. Die Zahlen von Ende 1909 und 1911 zugrunde gelegt, steht der Bezirk Freiburg, verglichen mit den anderen Verbandsbezirken hinsichtlich prozentualer Zunahme, an dritter Stelle. Recht betrübend ist angesichts der gesunden Entwicklung der Beitragsleistung im Verband, die Beitragsleistung im Bezirk. Hier steht der Bezirk, verglichen mit den anderen Bezirken, leider an allerletzter Stelle. Die niedrige Entlohnung bei einzelnen Arbeiterkategorien des Bezirks kann dafür nicht als ausreichender Grund angesehen werden. Wenn im Allgemeinen im Verbandswohl mit Rücksicht auf die ganz hervorragenden Leistungen des Verbandes, mit Rücksicht auf die großen Aufgaben, welche dem Verbandsobliegen, sich bei den Mitgliedern die Notwendigkeit eines hohen Beitrages durchgesetzt hat, ja, wenn geradezu eine Beitragsfreudigkeit Platz gegriffen hat, dann dürfen auch einzelne Bezirke nicht zurückbleiben. Die Erörterungen zu dieser Frage auf den Konferenzen werden, und das ist einmütig auf allen Konferenzen beschloffen worden, dazu führen, daß überall in den Zahlstellen dieser Frage ernstlich näher getreten wird.

Bei den Erörterungen über die nächsten Aufgaben im Bezirk, wurde zunächst der Verwaltung in den Zahlstellen Ermüdung getan und auf die vom Verbandstage angenommenen, im Protokoll wiedergegebenen Leitfäden hingewiesen. Für die Agitation im Bezirk würden in Form von Leitfäden Richtlinien festgelegt. Einen größeren Raum bei den Beratungen nahm die Frage der Lehrlingsgewinnung und Lehrlingsinteressen in Anspruch. Manche praktische Vorschläge aus den Zahlstellen ließen erkennen, daß man die große Bedeutung dieser Frage in vollem Umfange erfaßt hat und daß man, und das ist wohl

die Hauptsache, in zweckentsprechender Weise handelt. Ferner wurde die gemeinsame Arbeit mit den konfessionellen Vereinen behandelt und darauf hingewiesen, wie nunmehr in der durch politische Vorgänge geänderten Situation vorgegangen werden soll.

Das zweite Referat behandelte die Wirksamkeit des Verbandes sowohl in materieller, hauptsächlich aber in ideeller Hinsicht. Nicht allein die große Masse, mache einen Verband stark, sondern die Ideale, die sich derselbe zum Ziel gesteckt habe. Und auch nur dadurch könne der Verband für seine Mitglieder, so wie für den Arbeiterstand überhaupt die Lage verbessern. Vor allem sei für die Hebung des Arbeiterstandes gewerkschaftliche und soziale Erziehung notwendig. Dieses werde erzielt durch eifriges Studium des Verbandorgans und der Broschüren und Flugblätter, welche der Verband sowohl als die Gesamtbewegung herausgibt. Besonders auch für die Agitation brauchen wir heute ganz andere Mittel als früher, und diese müssen die Mitglieder anwenden. Auch der regelmäßige Besuch der vom Verband veranstalteten Versammlungen trägt außerordentlich zur Aufklärung bei, wenn dieselben in der richtigen Weise abgehalten werden. Für die Versammlungen liefert der Verband „Stoff“ genug, es muß nur in der rechten Weise davon Gebrauch gemacht werden. Zu diesem Zwecke müssen Kollegen sich selbst schulen und heranzubilden. Eingehend wurden alsdann die Unterstüßungseinrichtungen des Verbandes dargelegt und ein Vergleich gezogen mit dem sozialdemokratischen Verband. Der unredlichen Agitation des roten Verbandes muß auf der ganzen Linie eine Gegenagitation entfalteter werden. Das durch Flugblätter und Organ gebotene Material muß von allen Zahlstellen und Kollegen in der richtigen Weise verwendet werden. Durch die Beschlüsse des Verbandstages ist für den Verband eine sehr günstige Situation geschaffen worden. Diese muß ausgenützt werden.

Zum Schluß wurden den Kollegen noch eine Reihe von Anregungen gegeben für die verschiedensten Maßnahmen, die in den Zahlstellen durchgeführt werden müssen.

Recht lebhaft gestaltete sich die Diskussion der Kollegen. Hier wurden die Mängel und Schwierigkeiten hervorgehoben, die sich unsern Bestrebungen in den Bezirken stellen; dort nachgewiesen, wie den Schwierigkeiten, selbst den größten, in wirksamer Weise begegnet werden kann. Vor allem aber wurden die praktischen Erfahrungen, die in den einzelnen Zahlstellen gemacht und auch auf der Konferenz dargelegt wurden, mit großem Interesse aufgenommen. So konnte man erkennen, wie planmäßig an den verschiedensten Orten die Agitation entfalteter wurde, wie man erfolgreich bei der Gewinnung der Jugendlichen tätig sein kann, wie durch Veranstaltung von Unterrichtskursen, soziale wie technische (Weiß- und Polsterkurse usw.) eine Interessierung der Kollegen auch für den Verband angestrebt wurde. Ferner wie wirksam in den konfessionellen Vereinen gearbeitet wurde und wie man auch da und dort die Tagespresse mehr als früher unserer Bewegung dienstbar gemacht habe.

Wurde so ein Bild gegeben von der positiven Arbeit, die in den meisten Zahlstellen geleistet wurde, so fehlte es selbstverständlich auch nicht an Mitleiden und Anregungen, um in Zukunft die Arbeit noch intensiver, noch erfolgreicher gestalten zu können.

„Doch der Worte sind genug gewechselt, laßt uns endlich Taten sehen,“ so sagte ein Kollege nach langer Diskussion auf der letzten Konferenz. Jawohl, den Worten muß jetzt die Tat folgen. Die Anregungen und die Lehren, welche die Kollegen mir beigegeben haben, müssen nun in den Zahlstellen praktisch durchgeführt werden. Die beschlossenen Leitfäden und die überall einstimmig angenommene Resolution müssen weitestgehende Beachtung finden. Wenn im Verband die 20000 Mitglieder erreicht sind, dann muß auch gelangt werden können: Der Freiburger Bezirk hat an dieser Errungenschaft entsprechenden Anteil, die südwestdeutschen Kollegen haben ihren Mann gestellt!

Berichte aus den Zahlstellen.

München. In unserer letzten, sehr gut besuchten Mitgliederversammlung erstattete Herr Dr. Teilmüller ein Referat über: Die Bestrebungen des Bundes der Bodenkulturreformer. Die Ausführungen des Redners wipfelten darin, daß eine soziale Reform nur dann möglich sei, wenn der Staat zur Bekämpfung des Grund- und Bodenkulturlantentums eingreife. Es wird dem Arbeiter nicht möglich sein, seine Lebenshaltung in dem gewöhnlichen Maße zu verbessern, wenn ihm, sobald er einige Pfennige Lohnberechtigung erhält, der Mehrverdienst in Form von Mietpreiserhöhung wieder entzogen wird. Alle Anwesenden brachten den Ausführungen des Referenten lebhaftes Interesse entgegen, das auch dadurch zum Ausdruck kam, daß einstimmig der Beitritt der Zahlstelle München zum Bunde der Bodenkulturreformer beschlossen wurde. — In München beantragen nun wieder die gewerblichen Unterrichts- kurse für alle Berufsarten und sind da ganz besonders diejenigen für Schreiner hervorzuheben. Wohl keine Stadt bietet für einen lernbegehrigen Kollegen das, was in München geboten wird. Die Leistungen der städtischen Gewerbeschulen sind weit- hin bekannt. Ueber das, was die Fachabteilung der katholischen Gesellenvereine ihren Mitgliedern bieten, spricht eine zur Zeit im katholischen Rentier- gesellenverein stattfindende Ausstellung gewerk- licher Arbeiten von den Mitgliedern obengenannter Vereinigungen. Die Ausstellung an sich ist sehr ge- schmackvoll arrangiert. Unter den ausgestellten Ar- beiten werden ganz besonders jene der Schreinerfach- abteilung und der Tapezierer und Sattler sowie auch die der Wagnerfachabteilung des Gesellenver- eins St. Anna, bewundert. Die Aussteller dieser drei Berufsarten sind alle Mitglieder unseres Ver- bandes und sprechen wir ihnen unsere volle Aner- kennung für ihre geleistete Arbeit aus. — Neben der Ausbildungsmöglichkeit in beruflicher Hinsicht ist im

gesundheitlichen und moralischen Wirkungen des Branntweinboykotts. Ich bitte Sie also... durch einmütige Annahme des Antrags Gottschalk zu be- kundem, daß Sie gewillt sind, mit verstärkter Macht und großem Elan für die Durchführung des Brannt- weinboykotts zu wirken, zum Nutzen der Arbeiter, zum Schaden unserer arbeitslosen Feinde, der ostenbischen Junker.

Durch diese Ausführungen erhält das Wort von den „Leipzigener Resolutionstruppen“ eine eigenartig Illustration. Sie sind mehr als ein witziger Einfall. Sie weisen den Denkenden auf die ganze Hohlheit und Gefährlichkeit der sozialdemokratischen Behandlung einschneidender Volkserziehungsafragen hin.

Gewiß kann kein Mensch bestreiten, daß die Sozial- demokratie mit ihrem Schnapsboykott Erfolge erzielt hat. Der Schnapskonsum ist zurückgegangen. Die Freude daran wird auch nicht getrübt dadurch, daß da- mit erwiesen ist, welche Mengen Fusel früher von den Genossen vertilgt worden sind.

Auch darüber dürfte man wohl kaum im Unklaren sein, daß die führenden Kreise in der Sozialdemokra- tie, obwohl sie den Boykott in erster Linie mit der Auffassung der politischen Leidenschaft gegen die- marischen Brenner in Szene setzten, doch auch, wenn auch erst in zweiter Linie, von der Erkenntnis ausge- gangen sind, daß die Enthaltensamkeit von dem größten Volksgift notwendig ist, wenn größere Ziele erreicht werden sollen.

Was aber an dieser Bewegung zu erstem Nach- denken führen muß, ist die Erwägung: Wie sollten in der sozialistischen Gesellschaft — ihre Möglichkeit ein- mal angenommen — die großen Massen für weiträ- uende Aufgaben im Interesse der Gesamtheit gewon- nen werden? Heute hält die Sozialdemokratie ihre Befolgbarkeit durch den Haß, den Avell an die niedri-

gen Leidenschaften durch politische Volksvergiftung an der Stange.

Wie soll aber ein Volk in einer sozialistischen Ge- sellschaft zusammengehalten werden? Ein Volk, das nur zur Kritik ohne Gerechtigkeit, nur zum Haß und zur Leidenschaft erzogen ist? Es ist klar, diese Waf- fen, deren sich die Sozialdemokratie heute gegen die bestehende Gesellschaftsordnung bedient, würden sie sofort gegen sie selbst richten, wenn es ihr gelunge- wäre, die Regierung an sich zu reißen.

Schon heute zeigt sich, wie der Haß in den eigenen Reihen die Meinungsverschiedenheiten begleitet und zu tödlichen, abstoßenden Kampfesformen gegen die eigenen Genossen führt. Lüge und Verleumdung führen das Szepter. Das haben die Debatten über die württembergischen Parteikämpfe gezeigt.

Im Zukunftstaate würden sich sofort wieder Um- sturzparteien bilden, denn einer Masse, die nur Ver- neinung, nur Leidenschaft, nur Haß gelernt hat, ist die Einsicht dafür verloren gegangen, daß das Gesamt- interesse jedem Staatsbürger Opfer auferlegt und ohne solche sänge es auch im Zukunftstaate nicht.

Mit Leuten, die im eigenen Lager die Waffen der Lüge und der Verleumdung schwingen, die zum größ- ten Teil selbst nicht an ihr Programm glauben, das sie der Masse zu glauben vorsetzen, kann wahrhaftig keine bessere Zukunftsgesellschaft errichtet werden.

Diese inneren Skandale, diese ekelhaften Bruder- kämpfe, wie sie Nebel selbst bezeichnete, zeigen, wie menschlich es im Lager der Partei ausgeht, die alles, alles besser machen will. Sie zeigen, daß auch bei die- sen Allerweltsverbessern mit Wasser gekocht wird, daß auch dort der Mensch stärker ist, als die Verhält- nisse und nicht umgekehrt, wie es das marxistische Parteiprogramm lehrt.

München aber auch Gelegenheit geboten, sich gewerkschaftlich auszubilden. In dieser Beziehung bieten unsere Zahlstellenversammlungen so viel Wissenswertes, daß es kein Kollege versäumen sollte, regelmäßig diese Versammlungen zu besuchen.

Lamspringe. In einem schönen Tale, weit entfernt vom Großstadtlärm, liegt der Flecken Lamspringe. Erst vor kürzerer Zeit hat der Ort einen Bahnhof erhalten. Es entwickelt sich hier immer mehr Industrie. Leider ist die erst vor kurzer Zeit neu errichtete Fabrik in Zahlungsschwierigkeiten geraten und wurde der Betrieb eingestellt.

Crefeld. In den beiden letzten Versammlungen wurde von den verschiedensten Seiten Klage geführt, daß auf einigen Werkstätten eine Methode eingebracht sei, beim Einstellen von neuen Arbeitskräften, die verdient der Öffentlichkeit übergeben zu werden. Durch die Staffellei in unserem Tarif ist der Durchschnittslohn für Schreiner auf 52 bis 54 Pfg. gestiegen.

### Soziale Rundschau.

#### Verband deutscher Krankenkassen.

Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, dem 411 Kassen mit circa fünf Millionen Mitgliedern

angeschlossen sind, schwimmt fast völlig im sozialdemokratischen Fahrwasser. Sein Leiter ist der bekannte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Fräsdorf. Man ist zwar ängstlich bemüht, die sozialdemokratische Färbung des Verbandes zu verborgen. Zu diesem Zwecke läßt man besonders auf Kongressen auch bürgerliche Redner auftreten; diese haben bisher aber lediglich als Staffage gedient, damit der Verband in besserem Lichte dastand.

So blieb nichts anderes übrig, als die Neugründung eines Verbandes all jener Krankenkassen, die keine sozialdemokratische Leitung haben, in Erwägung zu ziehen. Nach reiflicher Überlegung und guter Vorarbeit konnte am 29. September auf einer Delegiertenversammlung in Köln zur Neugründung, zur Bildung des „Verbandes deutscher Krankenkassen“ geschritten werden.

Die Anregung zur Gründung eines solchen Verbandes sei, so führte Kollege Baltrusch aus, aus den Reihen der Mitglieder und Beamten der christlichen Arbeiterkassen Deutschlands erfolgt, die auf nationalem Boden steht; ebenfalls aus den Reihen der nationalen Vorstandsmitglieder, Rentanten und Vertreter deutscher Ortskrankenkassen, die der sozialdemokratischen Vorherrschaft im Hauptverband der Ortskrankenkassen überdrüssig sind.

treter umfassen. Deshalb muß ein Verband gegründet werden, der den berechtigten Wünschen der Krankenkassen Geltung verschaffen kann und frei von sozialdemokratischer Leitung und Aufmachung ist. Zur Aufbringung der Mittel empfahl Redner zunächst als Verbandsbeitrag pro Jahr und Mitglied einen Pfennig festzusetzen, und daß Kassen unter 1000 Mitgliedern mindestens zehn Mark zahlen müssen.

Nach einer Reihe von Sympathiekundgebungen wurde die Gründung des Verbandes einstimmig beschlossen, dem sofort 41 Krankenkassen mit nahezu ein Viertel Million Mitglieder beitraten. Bis zur endgültigen Satzungsfassung nimmt die Gründung vorläufig den Namen Verband deutscher Krankenkassen an. In § 1 der Satzungen wird festgelegt, daß der Verband auf nationalem Boden steht und sämtliche Kassen umfassen kann, die nicht unter sozialdemokratischer Leitung stehen.

Mit der Zahl der Kassen und der diesen angeschlossenen Mitglieder, die dem neuen Verbande sofort beigetreten, sind die weitgehendsten Erwartungen übertraffen worden. Das kann nur eine gute Vorbedeutung für die Entwicklung des Verbandes sein.

### Literarisches.

Sämtliche an dieser Stelle, sowie auch im Inseratenteil angezeigte Schriften, sind zu beziehen vom Christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Postfach 157. — Unser Gewerkschaftsverlag liefert zu den gleich günstigen Bedingungen wie jede andere Buchhandlung.

Bon der Geschäftsstelle des Verbandes werden Schriften zu einzelnen Zahlstellen oder Mitglieder nicht mehr versandt. Alle Schriftenbestellungen sind deshalb direkt an den Gewerkschaftsverlag zu richten.

Die Selben in der deutschen Arbeiterbewegung. Von Heinrich Zambusch, Redakteur des „Bergknappen“. 118 Seiten. Preis Buchhandel 1 M. Christlicher Gewerkschaftsverlag Köln. Wer sich über die Entwicklung der Selben in Deutschland orientieren und die Stellungnahme der verschiedensten Kreise zur gelben Bewegung kennen lernen will, findet das neueste und zuverlässigste Material in dieser Schrift.

### Briefkasten.

Die Adresse des Schreiners Adolf Lepe, aus Dinslage wird gesucht. Kollegen denen die Adresse bekannt ist, wollen sie die Zahlstelle Mainz mitteilen. Das neue Adressenverzeichnis wird mit der nächstwöchentlichen Zeitungsendung den Zahlstellen zugehen.

**2 tüchtige Fertigmacher**  
für benannte Arbeit gesucht.  
Bestätigter Bernhard Stabler, Paderborn.

**Eingelebte Journiere für Nähtische, Schränke und Faltungen.**  
Nachschoben gegen 20 Pfg. in Briefmarken.  
Bestätigte Kuchenschreiber.  
Erich Biler, Metzgerstr., Heidelberg, Theaterstraße 7.

**Tüchtige Polierer**  
haben benannte Beschäftigung in ben. Beschäftigung  
Bernhard Stabler, Paderborn.

**Bau- und Möbelschreiner**  
haben im Gebiet der hiesigen Dörfer Arbeit. Näheres bei der Ortsverwaltung.

**Erfahrene Möbelschreiner**  
haben benannte Arbeit in der hiesigen Dörfer Arbeit. Näheres bei der Ortsverwaltung.

**Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.**  
: TAGES-KURSE FÜR SCHREINER :  
(44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Bachf. Geschäftsbriefwechsel, Wechselkde., Rechnen, Kalkul., Fläch- u. Körperberechn., gewerblich. Gesetzeskde., Stil- u. Formel. Mat., Werkz., Maschinenkde., Freihandz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRÜFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 87. Der Direktor: ZILLMER.

**Bleistifte**  
**Metermasse, Notizbücher**  
haben zum Verkauf in den Zahlstellen preiswert u. gut. Meister-Sortiment von Bleistiften geg. Einzahlung v. 1 M. in Briefmarken. Lieferant der Zahlstelle Köln des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.  
M. Melchers, Köln-Nippes Bülowstr. 17.

**Tischler-Gesuch.**  
Erfahrene tüchtige, ältere Tischler, welche auf Reichholz Möbel gut eingearbeitet sind, finden dauernde Beschäftigung bei:  
**Phönix Möbelwerke, Detmold.**

**50 tücht. Bau- u. Möbelschreiner**  
die selbständig arbeiten können, nach allen Gattungen Deutsch-Österreich gesucht. Näheres Auskunft erteilt gegen Retourmarke.  
Verband christl. Holzarbeiter Österreichs Ortsgruppe Linz a. D., Replerstr. 15.

**Tüchtige Modelltischler**  
sowie gesucht. Lohn 60-65 Pfg. pro Stunde und Akkord. Arbeitszeit 56 Stunden.  
Erste Offenbacher Modellfabrik Engelbert Kern, Offenbach a. M., Bismarckstraße 2.

**Ein tüchtiger Maschinenschreiner**  
wird für guten Betrieb sofort gesucht. Dauernde Stellung. Berufstätiger, evtl. tüchtiger Mann bevorzugt.  
Offerten unter J. V. an die Geschäftsstelle dieses Blattes.